

Korte kommunal:



In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Dieses Mal sprechen wir mit Anke Nielebock, die seit Juli für DIE LINKE im Stadtrat von Aken sitzt.

Die Wahl vom 26. Mai hat vielerorts zum Generationenwechsel in den kommunalen Vertretungen geführt. So auch in Aken im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Hier wurde Anke Nielebock für DIE LINKE erstmals in den Stadtrat der rund 7.700 Einwohner zählenden Stadt an der Elbe gewählt.

**Korte konkret:** Was hat dich bewogen, für den Stadtrat deiner Heimatstadt zu kandidieren?

**Anke Nielebock:** In der Kommunalpolitik hat jede getroffene Entscheidung direkte Auswirkungen für die Menschen vor Ort. Meine Vorstellung ist es, diese Entscheidungen zusammen mit den Menschen sozial zu gestalten. Unser Land darf nicht weiter in wachsende Großstädte auf der einen und in schrumpfende ländliche Regionen auf der anderen Seite gespalten werden. Kleinere Städte und Dörfer geraten zunehmend aus dem Fokus. Mit dieser Entwicklung will sich DIE LINKE weder in Aken noch in der Region Anhalt abfinden. Wir wollen den Menschen in unserer Region eine Stimme geben und ihren Anliegen wieder mehr Gehör verschaffen.

**K.k.:** Vor welchen Herausforderungen stehen die Region Anhalt und Sachsen-Anhalt?

**A.N.:** Die Wege zur Arbeit, zum nächsten

Arzt oder der Schule sind weit. Wir fordern daher mit Nachdruck die Stärkung der Kommunalfinanzien. Denn die Menschen sind zu Recht sauer, wenn dem Staat für unsere öffentliche Infrastruktur wie Kitas, Schulen oder der Vereinsförderung das Geld fehlt, während die Gewinne und Vermögen von Konzernen und Millionären immer weiter wachsen. Wir machen uns für eine gerechtere Besteuerung stark, damit die Vermögenden endlich wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden.

„Wir fordern mit Nachdruck die Stärkung der Kommunalfinanzien.“

**K.k.:** Die Folgen des Klimawandels machen auch vor Sachsen-Anhalt nicht halt. Wie will DIE LINKE Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen?

**A.N.:** Klimaschutz geht nur sozial oder er wird scheitern. Wir wollen verhindern, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen durch Energiearmut oder Stromsperrn belastet werden. Auch der Kohleausstieg darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Wir fordern konsequente Beschäftigungs- und Einkommensgarantien.

Korte konkret abonnieren:

Wenn Sie die „Korte Konkret“ regelmäßig kostenlos zugeschickt bekommen wollen, schreiben Sie bitte eine Postkarte an die rechts stehende Adresse oder eine Mail mit Postadresse an: [jan.korte@bundestag.de](mailto:jan.korte@bundestag.de) bitte mit der Erlaubnis, Ihre Daten für diesen Zweck zu speichern und zu verwenden.

Wenn Sie die Korte Konkret an Nachbarn und Freunde verteilen wollen geben Sie bitte an, wie viele Exemplare wir Ihnen schicken sollen.

Über die E-mail-Adresse können Sie auch meinen wöchentlichen E-Mail-Newsletter abonnieren.

So hat Jan Korte abgestimmt:

Umstrittene und besonders wichtige Entscheidungen trifft der Bundestag oft in Namentlicher Abstimmung. Wählerinnen und Wähler können so überprüfen, wie die Abgeordneten ihres Wahlkreises abgestimmt haben. Eine Auswahl der wichtigsten Abstimmungen der neuen Wahlperiode dokumentieren wir hier (Stimmverhalten nach Inhalt, nicht Beschlussempfehlung). Eine vollständige Liste finden Sie auf [www.jankorte.de/namentliche](http://www.jankorte.de/namentliche)

**28.7.2019 Bundeswehreinsetzung in Libanon** Jan Korte (DIE LINKE): Nein  
Kees de Vries (CDU): Ja

**28.7.2019 Bundeswehreinsetzung im Kosovo** Jan Korte (DIE LINKE): Nein  
Kees de Vries (CDU): Ja

**6.6.2019 Klimaziele hinter Wirtschaftsinteressen zurückstellen** Jan Korte (DIE LINKE): Nein  
Kees de Vries (CDU): Nein

**9.5.2019 Konzerntransparenz gegen Steuerflucht** Jan Korte (DIE LINKE): Ja  
Kees de Vries (CDU): Nein

**9.5.2019 Bundeswehreinsetzung in Somalia/Atalanta** Jan Korte (DIE LINKE): Nein  
Kees de Vries (CDU): Ja

**11.4.2019 Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige** Jan Korte (DIE LINKE): Ja  
Kees de Vries (CDU): Ja

**15.3.2019 Umsetzung der UN-Behinder-tenrechtskonvention im Wahlrecht** Jan Korte (DIE LINKE): Ja  
Kees de Vries (CDU): Nein

**21.2.2019 Verbot der Information über Abtreibungen (§219a StGB) abschaffen** Jan Korte (DIE LINKE): Ja  
Kees de Vries (CDU): Nein

Impressum

**V.i.S.d.P.:** Jan Korte MdB  
Redaktionsschluss: 28.6.2019

**Anschrift Büro Berlin**  
Jan Korte MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100  
Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: [jan.korte@bundestag.de](mailto:jan.korte@bundestag.de)

Internet: [www.jankorte.de](http://www.jankorte.de)  
[www.facebook.com/jankortemdb](https://www.facebook.com/jankortemdb)  
[www.twitter.com/jankortemdb](https://www.twitter.com/jankortemdb)  
[www.instagram.com/jankorte77](https://www.instagram.com/jankorte77)

**Korte konkret** DIE LINKE.  
Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt und den Harz [www.jankorte.de](http://www.jankorte.de) [www.facebook.com/jankortemdb](https://www.facebook.com/jankortemdb)

Sommer, Sonne – und kein Schwimmbad? Bäder retten!



400 Städte und Gemeinden haben Bundeshilfe für die Sanierung ihrer Schwimmbäder beantragt – nur 67 haben sie auch bekommen. Kommunen brauchen mehr Geld für Sportstätten, aber auch Bibliotheken, Tierparks und Schulen.

Jahr für Jahr werden Schwimmbäder geschlossen – alleine in Sachsen-Anhalt waren es seit 2000 fünf Hallen- und 31 Freibäder, die geschlossen wurden, wie eine Anfrage der LINKEN Sachsen-Anhalt ergeben hat. Bereits vor zwei Jahren hatte die Linksfraktion im Bundestag eine aktuelle Stunde zu Schwimmbadschließungen beantragt um die Lage zu diskutieren und das Innenministerium erhöhte kurzfristig die Mittel des Sportstättenförderprogramms. Jan Korte hat nun nach einer Bilanz der Förderrunde 2018 gefragt. In seiner Antwort musste das Innenministerium nun mitteilen, dass nicht einmal ein Fünftel der Anträge von Kommunen, die beim Bund Mittel zur Sanierung ihrer Schwimmbäder und Sportanlagen beantragen, erfolgreich war. Von 400 Kommunen, die Bundeshilfe

für die Sanierung ihrer Schwimmbäder beantragten, bekamen nur 67 die erhoffte Unterstützung. Insgesamt 1300 Anträge stellten die Kommunen, nur 186 Projekte wurden unterstützt. Bund und Länder dürfen die Kommunen mit dem Sanierungsbedarf bei der öffentlichen Infrastruktur nicht alleine lassen. Wer kommunale Infrastruktur aufgibt, nimmt der Politik ihren Gebrauchswert und schadet der Demokratie. Statt die Kommunen im Stich zu lassen wären umfangreiche Hilfen nötig. Wir brauchen ein Investitionsprogramm in lebenswerte Nachbarschaften, das Kommunen gerade im Osten wieder in die Lage versetzt, positive Entscheidungen für ihre Einwohnerinnen und Einwohner zu treffen.

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht einmal die Hälfte der Wahlperiode ist um und die Bundesregierung ist schon am Ende. Zu Recht, muss man sagen. Denn als Antwort auf die Probleme der Menschen im Land hat sie nur ein „Weiter so“, wie wir es aus den letzten, versenkten Groko-Jahren kennen. Sie hat kein Konzept gegen die Armut und gegen schlechte Arbeitsverhältnisse, die an moderne Sklaverei erinnern. Sie verwaltet das Land, ohne den Menschen eine positive Zukunftsperspektive zu geben.

Und das schlimmste ist, dass sie nicht den Mut hat, sich mit den wirklich Mächtigen anzulegen: Dabei ist Politik nicht dafür da, die Milliardengewinne der Konzerne zu vermehren. Sondern sie hat die Macht, den Konzernen und Superreichen etwas von ihrem unanständigen Reichtum zu nehmen und es so zu verteilen, dass alle ein gutes Leben führen können – ohne Armut, in einem guten Pflege- und Gesundheitssystem, in lebenswerten Nachbarschaften, in einer Welt ohne Kriege. Dafür steht nur DIE LINKE.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

*Jan Korte*

Eine Frage des Respekts: Treuhandfehler aufarbeiten!

Ob Anhalt-Bitterfeld, Salzlandkreis oder im Harz: In allen Regionen Ostdeutschlands ist das Treuhand-Trauma nicht überwunden. Im Gegenteil, 30 Jahre nach der Wende ist es aus unserer Sicht höchste Zeit, dass sich auch der Bundestag mit der Treuhand beschäftigt.

Erst jetzt werden nach und nach die Akten der Treuhandanstalt zugänglich. DIE LINKE versteht sich als politische Interessenvertretung Ostdeutschlands und hat im Bundestag deshalb in der letzten Sitzung vor der Sommerpause den Antrag gestellt, das Treuhand-Destaster der 1990er Jahre in einem Untersuchungsausschuss schonungslos aufzuarbeiten: Wir wollen wissen, welche konkrete Rolle die damalige CDU-geführte Bundesregierung spielte. Was geschah mit Billigung aus Bonn? Welchen



Protest von Stahlwerkern im Dezember 1990 vor der Treuhandanstalt in Berlin

Einfluss auf konkrete Entscheidungen hat die Regierung damals genommen? Wo wurden Fehlverhalten und Versagen befördert oder gar angewiesen? Natürlich lässt sich die Zeit nicht zurückdrehen, aber verheerende

politische Fehler, die in der Nachwendzeit gemacht wurden, müssen ans Tageslicht und von der heutigen Politik aufgearbeitet werden.

Das ist auch eine Frage des Respekts gegenüber Millionen Ostdeutscher, die in dieser Zeit ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Brutalität, mit der brachiale Einschnitte durchgeführt wurden, hat sich tief eingepreßt. Wir wollen den Generationen, die unter dem Treuhand-Kahlschlag besonders gelitten haben, ihre Würde zurückgegeben, und dass ihr Lebenswerk und ihre Biografien geachtet werden. Denn der Schaden, den die Treuhand angerichtet hat, ist bis heute eine wesentliche Ursache für den ökonomischen Rückstand des Ostens, für gebrochene Biografien und für politischen Frust vielerorts.

**Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte**

<b>Bürgerbüro Bernburg</b> Kleine Wilhelmstraße 2b 06406 Bernburg Tel.: 0 34 71 / 62 29 47 Fax: 0 34 71 / 62 29 47 <a href="mailto:bernburg@jankorte.de">bernburg@jankorte.de</a>	<b>Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen</b> Kirchstr. 2 06749 Bitterfeld-Wolfen Tel.: 0 34 93 / 40 15 94 Fax: 0 34 93 / 82 49 57 <a href="mailto:bitterfeld@jankorte.de">bitterfeld@jankorte.de</a>	<b>Bürgerbüro Köthen</b> Friedrich-Ebert-Str. 22 06366 Köthen Tel.: 0 34 96 / 30 33 91 Fax: 0 34 96 / 30 33 90 <a href="mailto:koethen@jankorte.de">koethen@jankorte.de</a>	<b>Bürgerbüro Staßfurt</b> Löderburger Str. 94 39418 Staßfurt Tel.: 0 39 25 / 32 23 81 Fax: 0 39 25 / 32 23 81 <a href="mailto:staassfurt@jankorte.de">staassfurt@jankorte.de</a>
--	--	--	--

## Abrüstung ist das Gebot der Stunde!



Am 1. September jährt sich der Beginn des von Nazideutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges zum 80. Mal. Der Überfall auf Polen 1939 war der Beginn des NS-Raub- und Vernichtungskrieges. Die Ideologie vom „Untermenschen“ nahm im Krieg gegen Polen erstmals umfassende praktische und mörderische Züge an und setzte sich von hier im ganzen von Deutschland besetzten Ost- und Südosteuropa fort. Alleine rund 6 Millionen Polen (fast 20 Prozent der Vorkriegsbevölkerung), darunter mehr als 3 Millionen polnische Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma, und 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion fielen der Nazibarbarei zum Opfer.

Die Bundesregierung sollte den 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf Polen zum Anlass nehmen, um ein starkes öffentliches Zeichen für Versöhnung, Völkerverständigung und Frieden zu setzen. Wir brauchen Entspannung und Kooperation mit Russland und unseren östlichen

Nachbarländern statt immer neue Aufrüstung. Die große Mehrheit der Menschen will nicht, dass deutsche Rüstungskonzerne Waffen in alle Welt verkaufen und die Bundesregierung das Land zur Kriegsmacht hochrüstet.

Die weltweiten Rüstungsausgaben belaufen sich auf rund 1,64 Billionen Euro und deutsche Konzerne gehören zu den größten Profiteuren des Geschäfts mit dem Tod. Ziel der Bundesregierung müsste es sein, dass die Rüstungsausgaben sinken und die Welt friedlicher und sicherer wird. Aber mit der geplanten Erhöhung des Wehretats auf 2% des BIPs tut sie das genaue Gegenteil.

Es ist eine geschichtsvergessene Schande, dass die Regierung es für wichtiger erachtet, Geld in immer neue Aufrüstung zu stecken und somit totes Kapital zu finanzieren, anstatt endlich die Unterfinanzierung in der Bildung, der Pflege, der Energiewende, beim sozialen Wohnungsbau und generell den Investitionsstau in unserem Land zu beenden.

## CSU-Maut-Verschwendung: 39 Millionen allein für Beratungsleistungen

ISA-Ausgaben	2014	2015	2016	2017
	in €	in €	in €	in €
Personal	1.779.000	1.660.000	2.532.000	1.332.922
Sachmittel	232.000	335.000	746.000	3.147.186
Beratungsleistungen	6.885.000	9.539.000	15.735.000	7.098.327
Gesamt	8.896.000	11.534.000	19.013.000	11.578.435

2014 bis einschließlich 18. Juni 2019 im Einzelplan 12 entstanden. 53.601.435 Euro entstanden.

Die fixe Idee einer bayerischen Tochter der CDU hat Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mindestens 54 Mio. Euro gekostet. Hinzu kommen die Kosten der Auflösung von - trotz unklarer Rechtsituation - abgeschlossenen Verträgen.

Ende Juni 2019 hat der Europäische Gerichtshof die KFZ-Maut, wie von vielen Experten vorhergesagt, als Verstoß gegen EU-Recht einkassiert.

Mit der sogenannten „Ausländer-Maut“ wollte die CSU es den Nachbarländern „heimzahlen“, dass Autofahrer auf ihren Autobahnen eine Maut zahlen müssen. Der CSU-Plan war, in der Bundesrepublik ebenfalls eine KFZ-Maut einzuführen, den AutofahrerInnen mit Wohnsitz in Deutschland die Zahlungen aber über Ermäßigungen bei der KFZ-Steuer zu erstatten.

Das politisch ohnehin fragwürdige Vorhaben war von etlichen ExpertInnen einschließlich des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags als unvereinbar mit EU-Recht bezeichnet worden. Trotz aller Kritik brachte die CDU/CSU/SPD-Regierungsmehrheit die

Maut-Gesetze durch den Bundestag.

Ergebnis: Nun sind mindestens 54 Mio. Euro für die Vorbereitungen zur Maut in den Sand gesetzt worden. Davon sind allein 39 Mio. Euro für Beratungsleistungen gezahlt worden. Das hat die Bundesregierung Jan Korte in einer Antwort auf seine schriftliche Frage zu den Kosten des gescheiterten CSU-Vorhabens angegeben. Es ist beachtlich, dass im Verkehrsministerium so viel Geld für externe Berater ausgegeben wird, nachdem sich dessen Leitung so lange extrem beratungsresistent gezeigt hatte.

Offen ist nun, wie viele Steuermittel noch gezahlt werden müssen, um aus den bereits abgeschlossenen Verträgen herauszukommen - Schätzungen sehen einen dreistelligen Millionenbetrag auf die SteuerzahlerInnen zukommen.

## Korte kurz:

### Unterstützung für Lebensretter der DLRG



Hilfe für die HelferInnen: Spendenscheck für die DLRG-Ortsgruppe Bitterfeld-Wolfen

Bei einem schweren Einbruch in die Rettungswache der DLRG in Wolfen wurde wichtige Ausrüstung zur Lebensrettung gestohlen - unter anderem ein Bootsmotor. Bei einem Besuch bei der DLRG-Ortsgruppe informierte sich Jan Korte über die Probleme, die sich daraus für die Einsatzbereitschaft der Lebensretter ergaben - und organisierte daraufhin kurzfristig finanzielle Unterstützung in Höhe von 1300 Euro. Das ist die bisher größte Spende, die der „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e. V.“ im Wahlkreis Anhalt für ein Projekt bewilligt hat. Den symbolischen Spendenscheck zur Unterstützung der Neuanschaffung eines Bootsmotors übergab der Abgeordnete im Frühjahr an den stellvertretenden Ortsgruppen-Vorsitzenden Klaus-Ari Gatter. Dass neben dieser Spende auch viele weitere eingeworben wurden, zeugt von der breiten Unterstützung für die DLRG, die nicht nur die Sicherheit von Badenden und SportbootfahrerInnen in den Gewässern der Region gewährleistet, sondern auch Schwimmausbildung leistet.

### Oppositionsauftrag: Regierungskontrolle

Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: **1.550**

Davon 253 Anträge, 18 Gesetzentwürfe, 1200 Kleine Anfragen, 1 Große Anfrage, 55 Entschließungsanträge, 24 Änderungsanträge

Stand 7/2019

DIE LINKE ist nicht die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag, aber inhaltlich die Oppositionsführerin: 1.550 Initiativen hat sie im Bundestag bisher eingebracht. Damit liegt sie vor FDP, Grünen, AfD, CDU/CSU und der SPD. DIE LINKE hakt nach und bringt Informationen in die Öffentlichkeit, die ohne ihre kritischen Fragen an die Regierung nie ans Tageslicht gekommen wären. Unser Verfassungsauftrag ist es, nachzubohren und zur Not auch zu nerven, damit politisches Handeln in Berlin nachvollziehbarer für Bürgerinnen und Bürger wird, und damit die Regierung verantwortungsvoll handelt.

### RentnerInnen steuerlich entlasten!

Seit dem 1. Juli werden auf Grund der jährlichen Rentenerhöhung bundesweit weitere 48.000 RentnerInnen erstmals steuerpflichtig. Insgesamt fünf Millionen Ruheständler müssen dann für einen Teil ihrer Rente Einkommenssteuer zahlen. DIE LINKE setzt sich für die steuerliche Entlastung von RentnerInnen ein. Wir fordern von der Bundesregierung, den steuerlichen Grundfreibetrag von heute 9.168 Euro sofort auf 12.600 Euro anzuheben. Damit könnten wir viele kleine Renten komplett von der Steuerpflicht befreien. Außerdem soll die sogenannte nachgelagerte Rentenbesteuerung nicht schon im Jahr 2040, sondern erst 2070 abgeschlossen werden. Damit will DIE LINKE die Doppelbesteuerung so weit wie möglich eindämmen. Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir zudem einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen.

### Kulturpalast Bitterfeld erhalten!



Der damalige „Kulturpalast Wilhelm Pieck“ wurde am 13. Oktober 1954 eingeweiht.

Mit viel Einsatz haben Jan Korte und seine FraktionskollegInnen in Berlin für den Förderantrag der Stadt Bitterfeld-Wolfen und eines Investors zur Rettung und Wiederinbetriebnahme des Bitterfelder Kulturpalastes geworben. Leider hat sich die Jury des Förderprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ im Bundesinnenministerium am Ende für andere Projekte entschieden. Wie Stadt und Investor Jan Korte mitgeteilt haben, hat die Jury ihnen nahegelegt, sich in der nächsten Förderrunde erneut zu bewerben, was der Abgeordnete begrüßt: „Gerade in diesen Zeiten, wo viele Menschen zu Recht fehlenden Respekt vor ihrer Lebensleistung beklagen, ist es wichtig, Symbole wie den Kulturpalast zu erhalten. Ich werde weiterhin alles in meiner Kraft stehende tun, damit dieser geschichtsträchtige Ort künftig wieder das kulturelle und soziale Leben der Bürgerinnen und Bürger in Bitterfeld und der ganzen Region bereichert.“

## Spenden für Soziales, Sport & Kultur



Auch in diesem Jahr setzen Jan Korte und der „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e. V.“ die finanzielle Unterstützung für zahlreiche Projekte, Vereine und Initiativen fort. Zahlreiche Antragsteller aus den Wahlkreisen Anhalt und Harz wurden seit Beginn dieser Wahlperiode im Herbst 2017 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 20.000 Euro unterstützt. Einige Beispiele seien hier namentlich erwähnt:

In Anhalt-Bitterfeld gab es Unterstützung für die Modernisierung des Sportplatzes der SG Reppichau, für die Arbeit der DLRG in Bitterfeld-Wolfen (siehe Seite 2) und für ein Zelt- und Trainingslager von Einheit Aken.

Im Salzlandkreis bekamen unter anderem die 11. Staßfurter Aktionstage vom Inklusionsnetzwerk, der Nachwuchs vom

Bernburger Ruderclub und ein Küken-Projekt vom Kleintierzuchtverein aus Unseburg zusammen mit der Kita des Ortes Spenden.

Im Harzkreis konnten zum Beispiel das Heimatmuseum in der Huy-Gemeinde Dedeleben, die Theatergruppe im Harzgeröder Ortsteil Güntersberge, die 30. Auflage des Drachenfestes in Halberstadt und der Sportverein TSG GutsMuths in Quedlinburg unterstützt werden.

Im Fraktionsverein werden Gelder der Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion aus der Diätenerhöhung gesammelt und gezielt weitergegeben. Vereine und Initiativen, die auf der Suche nach einer finanziellen Unterstützung für konkrete Projekte sind, können sich in den Wahlkreisbüros von Jan Korte melden.

## Unterwegs in Anhalt



Bürgersprechstunde mit KommunalpolitikerInnen und Bundestagsabgeordnetem in Staßfurt

Wenn Jan Korte im Wahlkreis Anhalt unterwegs ist, dann gibt es traditionell auch öffentliche Bürgersprechstunden unter freiem Himmel. Egal ob gerade eine Wahl ansteht oder nicht: Der Abgeordnete ist in den Fußgängerzonen in Köthen oder Zerbst, vor dem Einkaufszentrum in Staßfurt-Nord oder auf den Märkten in Bitterfeld-Wolfen oder Bernburg anzutreffen. Gemeinsam mit GenossInnen der Ortsvereine, Landtagsabgeordneten oder Rats- und Kreistagsabgeordneten nutzt er die Gelegenheit, sich mit interessierten BürgerInnen über Aktuelles aus der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik auszutauschen. Wo Jan Korte auch in Ihrer Nähe anzutreffen ist, können Sie der Lokalpresse entnehmen oder gerne auch per E-Mail erfahren: jan.korte.wk@bundestag.de

## Auf Besuchsfahrt in den Bundestag



Hunderte Bürgerinnen und Bürger aus dem Salzlandkreis und Anhalt-Bitterfeld waren schon zu Gast im Bundestag

Gemeinsam mit dem Bundespresseamt lädt Jan Korte immer wieder Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis nach Berlin ein. Die Gäste einer Besuchergruppe aus dem Salzlandkreis, unter ihnen Mitglieder der Verkehrswacht, KleingärtnerInnen und AbsolventInnen eines Integrationskurses für Flüchtlinge, konnten in der Bundeshauptstadt zwei Tage lang einiges erleben: Auf dem Programm standen eine Plenarsitzung im Bundestag, ein Gespräch mit dem Abgeordneten und eine Stadtrundfahrt.

Seit der Bundestagswahl 2017 kamen fast 700 BürgerInnen in den Genuss, das politische Berlin zu erkunden. Wer selbst einmal dabei sein möchte, kann sich gerne unter jan.korte@bundestag.de für eine Reise anmelden.